

Danksagung

Die vorliegende Studie wurde im Jahr 2023 an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum als Habilitationsschrift angenommen. Ihren Anfang nahm sie im Frühling 2016, inmitten der sog. Flüchtlingskrise und als die AfD zunehmend Wahlerfolge auf Landesebene verzeichnen konnte. Gemeinsam mit Kolleg*innen aus dem Bereich der Homiletik war ich zu diesem Zeitpunkt auf einer Tagung der Societas Homiletica. Rege wurde dort darüber diskutiert, wie in dieser politischen Situation gepredigt werden kann. Dabei zeigte sich, dass auch Kolleg*innen aus anderen Ländern vor dieser Frage stehen. Allerorten wurden Fremdenfeindlichkeit und Rechtsruck als eine große Herausforderung fürs Predigen wahrgenommen. Meine Neugierde am Thema war geweckt. Sechs Jahre spannender Forschung nahmen ihren Lauf.

Für den reichen Fundus an Predigtmaterial danke ich allen, die ihre Predigten im Internet veröffentlichen und damit für diese Studie zugänglich machten, bzw. mir ihre Predigten auf persönliche Anfrage hin zur Verfügung stellten. Dank ihres Engagements konnte eine praktisch-theologische Studie verwirklicht werden, die mithilfe des Fallbeispiels der sog. Flüchtlingskrise allgemein erörtert, wie eng Ideologie und Rhetorik miteinander verflochten sind und wie wichtig es ist, eine der Absicht entsprechende Sprache zu sprechen.

Mein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Isolde Karle. Ohne sie gäbe es dieses Buch nicht. Dank ihr konnte ich am Lehrstuhl für Praktische-Theologie bzw. am Institut für Religion und Gesellschaft als Akademische Rätin arbeiten und mein Forschungsvorhaben verwirklichen. Und mit ihr hatte ich in all den Jahren eine überaus interessierte, motivierende, verständnisvolle und kritische Gesprächspartnerin und Ratgeberin an meiner Seite. Ihre Expertise und ihre Freundschaft sind mir ein großes Geschenk!

Auch meinen Kolleg*innen vom Lehrstuhl und von der Fakultät und den Student*innen meiner Seminare möchte ich danken. Die stets regen Diskussionen haben wichtige Impulse geliefert und mir immer wieder gezeigt, wie relevant das Forschungsthema ist. Auch Isolde Meinhard, deren Promotionsschrift „Ideologie und Imagination im Predigtprozess“ grundlegende Impulse für die Analysemethode meiner Studie gab, danke ich sehr. Andrea Töcker danke ich für die Formatierung dieses Buches und dem Team vom Kohlhammer-Verlag für die Veröffentlichung.

Von Herzen danke ich meiner Familie. Meinem Mann, Philipp Well, und der Tagesmutter unserer Kinder, Claudia Janello, danke ich dafür, dass sie mir stets geduldig den Rücken freihielten. Meinen Eltern, Dr. Alfred Pobloth und Sigrid

Pobloth-Engelbert, danke ich fürs Korrekturlesen und für die finanzielle Unterstützung bei den Druckkosten. Ebenso danke ich meinen Schwiegereltern, Erika und Bernhard Well, für die finanzielle Unterstützung im Rahmen der Veröffentlichung dieses Buches.

Unna, im März 2024

I. Einleitung

Am Abend des 5. Januar 2015 blieb der sonst hell erleuchtete Kölner Dom dunkel. Das Erzbistum Köln nahm Teil an der Aktion „Licht aus für Rassisten“. Für den Abend hatten die Veranstalter der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des jüdisch-christlichen Abendlands“ (PEGIDA) zur größten Kundgebung im Westen Deutschlands eingeladen. Die PEGIDA demonstrierte gegen Islamisierung und Überfremdung und forderte den Stopp der Aufnahme von Einwander*innen – insbesondere jener muslimischen Glaubens. Der Domprobst Norbert Feldhoff aber schaltete den selbsternannten Rettern des Abendlandes das Licht aus und erklärte dazu: „[W]ir wollten nicht mit dem schönen hell erleuchteten Dom im Hintergrund wunderbare Bilder für diese Demonstration liefern.“¹ Der dunkle Dom ist ein Symbol für die Klarheit, mit der sich die Kirchen in der Zeit der sogenannten Flüchtlingskrise gegenüber Fremdenfeindlichkeit positionieren. Die Abdunklungsaktion entzieht PEGIDA das Rampenlicht und rückt den dunklen Dom in den Vordergrund.

Auch wort- und tatkräftig leisteten die Kirchen Hilfe für Schutz- und Asylsuchende, die insbesondere im Jahr 2015 in erhöhter Zahl nach Europa kamen. Tausende ehrenamtliche Helfer*innen waren in Notunterkünften engagiert, Gemeinden öffneten ihre Gemeindehäuser und -küchen und Gemeindeglieder stellten Fremdenzimmer bereit. In Talk-Shows und Interviews, in schriftlichen Verlautbarungen und auf der Kanzel nahmen kirchliche Repräsentant*innen Stellung zur politischen Lage. Sie distanzierten sich von Fremdenfeindlichkeit und forderten stattdessen mehr Nächsten- und Fremdenliebe zugunsten Schutz- und Asylsuchender.

In den Leitmedien wurde das „sozial- und gesellschaftspolitische Problemthema [Flüchtlingskrise] in ein abstraktes Aushandlungsobjekt der institutionellen Politik überführt“² und entsprechend abgearbeitet. Die Konflikte in der Europapolitik und insbesondere die Differenzen unter den Koalitionspartnern

¹ kna/epd/bar, Art.: Altbischof Krause. Christliche Symbole bei Pegida-Demo „pervers“, in: Die Welt vom 5. Januar 2015, veröffentlicht im Internet unter <https://www.welt.de/regionales/nrw/article136026490/Christliche-Symbole-bei-Pegida-Demo-pervers.html> [Stand vom 27. März 2018].

² Haller, M., Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information (Eine Studie der Otto Brenner Stiftung), Frankfurt a. M. 2017, 137, veröffentlicht im Internet unter: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH93_Fluechtlingskrise_Haller_2017_07_20.pdf [Stand vom 26.03.2018, Ergänzung in Klammern J. W.]. Analysiert wurden die Tageszeitungen Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche und Die Welt.

der deutschen Regierung standen dabei im Mittelpunkt. Die kirchlichen Akteure setzten im öffentlichen Diskurs einen anderen Fokus. Sie interpretierten die so genannte Flüchtlingskrise allererst als Krise der Humanität. Was in Syrien passiert, was sich auf dem Mittelmeer ereignet, was an europäischen Grenzzäunen geschieht und auch, was vor mancher Asylunterkunft in Deutschland stattfindet, wurde zurückgeführt auf einen Mangel an Mitmenschlichkeit. Humanität aber ist das Gebot christlicher Verantwortung, wie die Erklärung der Leitenden Geistlichen der evangelischen Landeskirchen Deutschlands zur „aktuellen Situation der Flüchtlinge“ vom November 2015 darlegte:

„Gott liebt alle seine Geschöpfe und will ihnen Nahrung, Auskommen und Wohnung auf dieser Erde geben. Wir sehen mit Sorge, dass diese guten Gaben Gottes Millionen von Menschen verwehrt sind. Hunger, Verfolgung und Gewalt bedrücken sie. Viele von ihnen befinden sich auf der Flucht. So stehen sie auch vor den Toren Europas und Deutschlands. Sie willkommen zu heißen, aufzunehmen und ihnen das zukommen zu lassen, was Gott allen Menschen zugesetzt hat, ist ein Gebot der Humanität und für uns ein Gebot christlicher Verantwortung.“³

Für ihr Engagement wurden die Kirchen und die vielen Ehrenamtlichen gelobt, für ihre Grundhaltung der „Humanität ohne Obergrenze“⁴ aber auch scharf kritisiert. Beispielsweise forderte der damalige bayerische Finanzminister Markus Söder von den Kirchen die Begrenzung ihres Engagements auf ihr eigenes Metier und kritisierte die Einmischungen der Kirchen in politische Angelegenheiten: „Es wäre für die Kirchen besser, sie würden sich stärker auf den Glauben konzentrieren und weniger Politik machen.“⁵ Söders Aussage impliziert, die Einmischung Geistlicher in politische Belange sei illegitim und stelle die Überschreitung von Verantwortungsbereichen dar. Söders zurechtweisende Worte sind Teil eines Machtdiskurses, der die sogenannte Flüchtlingskrise begleitete: Wem obliegt die Deutungshoheit über die politische Lage? Inwiefern dürfen sich

³ Evangelische Kirche von Westfalen, Zur aktuellen Situation der Flüchtlinge. Eine Erklärung der Leitenden Geistlichen der evangelischen Landeskirchen Deutschlands, in: Dossier „Flucht und Asyl“, ²2015, 4–5, veröffentlicht im Internet unter https://www.evangelisch-in-westfalen.de/fileadmin/user_upload/Service/Materialservice/EKvW_DOSSIER_Flucht_Asyl-2-Auflage-11-2015.pdf [Stand vom 27. März 2018].

⁴ Gausele, J., Quoos, J. und Zinkler, D., Art.: Bedford-Strohm: „Für Humanität gibt es keine Obergrenze“. Eine Verträglichkeitsprüfung für die Entscheidungen der neuen Regierung. Das fordert Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der EKD, in: Berliner Morgenpost vom 29. Oktober 2017, veröffentlicht im Internet unter <https://www.morgenpost.de/politik/article212380099/Bedford-Strohm-Fuer-Humanitaet-gibt-es-keine-Obergrenze.html> [Stand vom 27. März 2018].

⁵ Christina Rietz und Merle Schmalenbach, Art.: „Kirchen sollten keine Ersatzpartei sein“, in: zeit-online vom 11. November 2016, veröffentlicht im Internet unter <http://www.zeit.de/2016/47/markus-soeder-kirche-glauben-engagement> [Stand vom 1. Februar 2018].

die Kirchen in politische Diskurse einmischen? Und dürfen Prediger*innen politisch predigen?

Angesichts von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus schwiegen Vertreter*innen der Kirchen nicht. Übergriffe auf Asylunterkünfte und Demonstrationen gegen die Aufnahme Schutzsuchender wurden interpretiert als Bekenntnisnotstand, als eine Situation also, in der die christlichen Grundüberzeugungen gegen Widerstand zu vertreten sind. Christen müssen sich als Christen erweisen. So warnte auch Nikolaus Schneider, der ehemalige Ratspräsident der EKD: „Christinnen und Christen haben [...] auf diesen Demonstrationen nichts zu suchen“⁶ (gemeint sind Demonstrationen der PEGIDA). Erzbischof Ludwig Schick stimmte ein: „Christen dürfen dort nicht mitmachen“⁷. Und der Kölner Domprobst schaltete das Licht am Kölner Dom aus.

Als Reaktion auf die Verdunklungsaktion erreichten Mails empörter Christen das Erzbistum. Nicht alle Christen waren mit der Aktion einverstanden. Es gibt auch Christen in der PEGIDA. Es gibt auch Christen in der AfD. Manche drohten mit dem Kirchenaustritt, da sie sich abgewertet und missverstanden fühlten. Der Domprobst reagierte darauf in einem Interview mit folgenden Worten: „Ich freue mich natürlich nicht, wenn mitgeteilt wird, dass man aus der Kirche austritt, aber diese Reaktionen, gerade der – ich sag das jetzt mal – guten Katholiken, bestätigt mich darin, dass es richtig war, so zu handeln.“⁸

Das Zitat zeigt, wie emotional die öffentliche Debatte ausgetragen wurde. Der Domprobst war offensichtlich empört über die politische Lage. Was sich vor dem Kölner Dom ereignete – eine Demonstration gegen die Aufnahme Schutzsuchender – widersprach in höchstem Maß seinen christlichen Überzeugungen. Auch vielen anderen erschienen die Demonstrationen gegen Einwanderer und Muslime unter Zuhilfenahme nationalistischer Slogans wie „Multikulti stoppen“⁹,

⁶ Schneider, N., zitiert nach tsp/epd/dpa, Art.: Pegida in Dresden. Kirchenvertreter nennen Pegida unchristlich, in: Der Tagesspiegel vom 5. Januar 2015, veröffentlicht im Internet unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/pegida-in-dresden-kirchenvertreter-nennen-pegida-unchristlich/11185530.html> [Stand vom 16. Mai 2018].

⁷ Schick, L., zitiert nach tsp/epd/dpa, Art.: Pegida in Dresden. Kirchenvertreter nennen Pegida unchristlich, in: Der Tagesspiegel vom 5. Januar 2015, veröffentlicht im Internet unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/pegida-in-dresden-kirchenvertreter-nennen-pegida-unchristlich/11185530.html> [Stand vom 16. Mai 2018].

⁸ Domprobst Dr. Norbert Feldhoff im Interview mit domradio.de am 02. Januar 2015, Art.: Dom soll keine Kulisse für Pegida-Bewegung sein. „Das ist eine Signalwirkung“, in: Domradio.de vom 2. Januar 2015, veröffentlicht im Internet unter <https://www.domradio.de/themen/k%C3%B6ln-und-dortmund/2015-01-02/domprobst-feldhoff-dom-soll-keine-kulisse-fuer-pegida-bewegung-sein> [Stand vom 27. März 2018].

⁹ Slogan auf einem Plakat auf einer Demonstration der PEGIDA am 12. Januar 2015 in Dresden, Weiß, V., Art.: Sind sie das Volk? Pegida – die Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes, in: bpb.de (Bundeszentrale für Politische Bildung) vom 6. Januar 2015, veröffentlicht im Internet unter <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/199153/sind-sie-das-volk-pegida-die-patriotischen-europaeer-gegen-die-islamisierung-des-abendlandes> [Stand vom 24. Mai 2018].

„Überfremdung ist Völkermord“¹⁰ und „Heimat-Orientierte Marschieren“¹¹ wie der wiedererwachende Albtraum vom Nationalsozialismus. Anders als so manche Christen in den 1930er und 40er Jahren aber wollten viele Gläubige jetzt nicht versäumen, den Schwachen, Heimatlosen und Verfolgten zu helfen – so auch der Domprobst. Daher gingen sie streng gegen Fremdenfeindlichkeit und nationalistische Ideen vor, verkündigten das Gebot der Fremden- und Nächstenliebe und übernahmen auch praktisch Verantwortung – wie an der umfassenden Nothilfe für Schutzsuchende, von den Kirchen und von Christen organisiert und getragen, zu erkennen war. Pauschal aber wurden dabei Einwände und Bedenken, Sorgen und Ängste gegenüber der Ankunft Schutz- und Asylsuchender dem Rassismus zugeordnet, als unmoralisch markiert und als der Rede nicht wert abgetan. Vermutlich war mit dieser Haltung der „konsequenteren Ausgrenzung“¹² die Hoffnung verbunden, dass die so Ausgegrenzten eines Tages umkehren. Das aber ist nicht zu erwarten.

Vielmehr ist zu beobachten, dass die Diskussionsverweigerung die rechts-populistische „Fabel von der Meinungsunterdrückung“¹³ nährt und dass die großen Themen der Neuen Rechten – Antimultikulturalismus, Antipluralismus, Antislamismus, Antigenderismus, – interessant sind für konservative Christen. Nicht alle rechtskonservativen Christen sind in der AfD oder demonstrieren mit PEGIDA und nicht alle AfD Mitglieder und Anhänger der PEGIDA sind Christen, dennoch besteht eine gewisse Affinität und Sympathie füreinander. „Gemeinsame Feindbilder sind etwa der ‚Genderwahn‘, die ‚Islamisierung des Abendlandes‘ und die ‚GEZ-Medien‘. Viele dieser Menschen, wenngleich längst nicht alle, ziehen immerhin dann eine Grenze, wenn das Denken völkisch-rechtsradikal wird. [...] Das ändert aber nichts daran“, so Liane Bednarz, „dass nicht wenige von ihnen typisch neurechte Topoi wie die ‚Überfremdung‘ oder die Unterscheidung zwischen dem ‚Eigenen‘ und dem ‚Fremden‘ längst in ihren Wortschatz übernommen haben und aktiv verwenden.“¹⁴ Außerdem präsentieren sich PEGIDA und AfD christlich orientiert. Anhänger*innen der PEGIDA verstehen sich selbst als Retter des jüdisch-christlichen Abendlandes und viele Mitglieder

¹⁰ Slogan auf einem Plakat auf einer Demonstration der PEGIDA im Jahr 2015 in München, Dpa, Art.: Innenministerium zu Pegida-Ablegern. Von wegen besorgte Bürger. Rechts-extremisten steuern und beeinflussen Zusammenkünfte von Pegida. Vor allem sechs Bundesländer stehen dabei im Fokus, in: taz.de vom 2. Dezember 2015, veröffentlicht im Internet unter: <http://www.taz.de/!5257729/> [Stand vom 24. Mai 2018].

¹¹ Slogan auf einem Plakat auf einer Demonstration der PEGIDA am 1. Dezember 2014 in Dresden, Leubecher, M., Art.: „Die Partei“ kapert Pegida-Marsch mit Homo-Plakat, in: Welt.de vom 2. Dezember 2014, veröffentlicht im Internet unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article134940066/Die-Partei-kapert-Pegida-Marsch-mit-Homo-Plakat.html> [Stand vom 24. Mai 2018].

¹² Bednarz, L., Die Angstprediger. Wir rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern, München 2018, 38.

¹³ A. a. O., 62.

¹⁴ A. a. O., 8.

der AfD machen sich bewusst als Christen erkennbar und begründen AfD-Positionen auch mithilfe der Bibel. So erscheint die AfD manchem Christen als neue konservative Kraft, die die europäische Kultur davor bewahrt, sich selbst abzuschaffen.¹⁵

Die Not Asyl- und Schutzsuchender, Asylproteste und Fremdenfeindlichkeit stellten eine Herausforderung für Vertreter*innen der Kirchen dar. Sie standen vor der Frage, wie mit rechten Positionen, auch innerhalb der eigenen Reihen, umgegangen werden kann. Aus homiletischer Perspektive stellt sich die Frage, wie der politischen Situation in Predigten begegnet wurde. Die vorliegende Studie geht dieser Frage nach. In ihrem Fokus liegen die in politischen Predigten zur sogenannten Flüchtlingskrise kommunizierten Weltbilder, Rollen und Beziehungsverhältnisse und ihre sprachlichen Präsentationen („ich“ und „wir“, „die anderen“ und „die Flüchtlinge“ usw.) und damit die „Ideologie“ von Predigten. Es ist das Ziel dieser Arbeit, Typisches für die Predigtpraxis während der sogenannten Flüchtlingskrise zu beschreiben und mit Blick auf die vermutete Wirkung kritisch zu reflektieren. Dem vorausgehend wird bestimmt, was unter einer politischen Predigt zu verstehen ist.

1. Die politische Predigt als heikle Rede

„Nichts ist gut in Afghanistan“ – diese Worte in der Neujahrspredigt von Margot Käßmann aus dem Jahr 2010 riefen ein starkes öffentliches Echo hervor. Viele begrüßten die deutlichen Worte zur Lage in Afghanistan. Andere verbaten sich jegliche Einmischung Geistlicher in weltliche Belange. Eine derartige Bewertung der außenpolitischen Lage stehe allenfalls dem Verteidigungsminister zu, nicht aber einer Theologin. Dieser Kritik inhärent ist die Frage nach der Definition und Legitimität politischer Predigt, die auch für die vorliegende Studie grundlegend ist.

Der Begriff „Politik“ entstammt der antiken Kultur Griechenlands und bezeichnet dort alles, was die Bürger (gr.: *polites*) betrifft, sich also auf das öffentliche Leben bezieht. Seit seinen Anfängen beschreibt der Begriff Politik „ein Handeln [...], das auf die richtige Gestalt des Zusammenlebens aller in der antiken Stadtgesellschaft (gr.: *polis*) und insofern auf das Wohl des Gemeinwesens (gr.: *koinon*) aus ist“¹⁶. Gegenstand der Politik sind folglich Fragen von überindividuellem, gesellschaftlichem Interesse – Fragen danach, wie wir leben wollen, was ein gutes Leben ausmacht, was dem Gemeinwohl dient und was der und die Einzelne von daher tun bzw. unterlassen sollte. Entsprechend ist für Aristoteles

¹⁵ Vgl. den Titel von Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“, veröffentlicht im Jahr 2010.

¹⁶ Herms, E., Art.: Politik. I. Sozialwissenschaftlich, in: RGG⁴, Bd. 6, Studienausgabe Tübingen 2003, 1449–1451, 1449 [Ergänzung in Klammern J. W.].

Politik „die Aufgabe, das gute Leben in einem Gemeinwesen zu führen“¹⁷ und das *bonum commune* Ziel der Politik.

Von diesem Ursprung des Politikbegriffs her sind die meisten Lebensäußerungen der Kirche politisch zu nennen und so auch die Predigt. Eine Predigt ist öffentliche Rede und wendet sich an Christen, die zugleich auch Bürger*innen sind. Sie adressiert nicht bloß Gläubige, sondern wendet sich auch an das Zoon Politikon (an das Lebewesen in der Polisgemeinschaft). Geistliche und weltliche Existenz sind untrennbar miteinander verwoben. Jede Predigt nimmt insofern nicht nur Bezug auf das innerpsychische, individuelle religiöse Selbst, sondern potenziell immer auch auf das soziale Leben. Insofern eine Predigt folglich immer auch eine politische Dimension hat,¹⁸ stellt die politische Predigt keine gesonderte Gattung dar, sondern den Normalfall.

Neben der allgemeinen politischen Dimension, die jeder Predigt inhärent ist, gibt es Predigten, die einen besonderen politischen Bezug haben. Dieser entwickelt sich aus der Auseinandersetzung mit der Predigtperikope oder der homiletischen Situation. Diese Predigten nehmen sich etwas Politisches zum Thema und sind doch von den Reden eines Politikers oder einer Politikerin zu unterscheiden.

Am Beginn der Ausdifferenzierung der Gesellschaft unternimmt Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher eine präzise und für die moderne Gesellschaft notwendige Unterscheidung von politischer Rede und politischer Predigt. Eine politische Predigt ist nach Schleiermacher eine Predigt, die aus Perspektive der Religion etwas Politisches thematisiert. Schleiermacher erklärt: „Es kann [...] Umstände geben in denen der Geistliche bewogen wird das Interesse das die Gemeinde bewegt und gerade ein politisches ist, darzustellen in dem Zweck es religiös zu stimmen. [...] Es giebt in dem politischen äußere und innere Verhältnisse, beide können ein allgemeines Interesse gewinnen, so daß der Geistliche es für nöthig findet sie auf die Kanzel zu bringen.“¹⁹

Die politische Dimension der Predigt ist aber nicht politisch begründet, sondern religiös. Mit dieser Unterscheidung behauptet Schleiermacher das Prinzip der Religion für die Predigt und die Eigenständigkeit christlicher Verkündigung gegenüber einer Politisierung der Predigt durch staatliche Vorgaben, wie sie zur Zeit des landesherrlichen Kirchenregiments durchaus üblich waren: „Der Geistliche in der protestantischen Kirche, der unter der Vormundschaft der Regie-

¹⁷ Theißen, G., Die politische Dimension des Wirkens Jesu. Ulrich Duchrow zum 65. Geburtstag, in: Stegemann, W. (u. a. Hg.), Jesus in neuen Kontexten, Stuttgart 2002, 112–122, 112.

¹⁸ Vgl. Daiber, K.-F., Verschränkung der Orte. Politische Predigt, in: Ders. (Hg.), Predigt als religiöse Rede. Homiletische Überlegungen im Anschluss an eine empirische Untersuchung, München 1991, 172–185, 172.

¹⁹ Schleiermacher, F., Die praktische Theologie nach den Grundsäzen der evangelischen Kirche im Zusammenhange dargestellt, aus Schleiermachers handschriftlichem Nachlasse und nachgeschriebenen Vorlesungen hrsg. v. Frerichs, J., 1850 Nachdruck Berlin/New York 1983, 209–210.

rung steht, wird auch als Diener des Staates angesehen, uns so macht man ihm zuweilen Zumuthungen seinen Reden eine andere als religiöse Richtung zu geben (Kuhpokkenimpfung; Gemeindesteuer). Auch solche Gegenstände ließen sich religiös ansehen; aber dies will man nicht, sondern verlangt ein Eingehen in die Sache selbst.“²⁰

Für die Predigt, so stellt Schleiermacher heraus, ist das Religiöse Grund und Ziel der Rede. Das Politische hingegen „ist etwas fremdartiges und muß eine untergeordnete Stelle in der Rede einnehmen und kann als Veranlassung zu einer anderweitigen Betrachtung angesehen werden.“²¹ Bei gesellschaftlichen Unruhen ist der Prediger allerdings verpflichtet, das Politische auf der Kanzel zu thematisieren. Schleiermacher erachtet es als „unverantwortlich es nicht zu thun.“²² Diese Verpflichtung ergibt sich aus der Bezogenheit der Predigt auf die Hörerschaft. So muss der Prediger als „Repräsentant der Gemeinde [...] ausgehen von der gemeinsamen Anregung“²³. Zudem bewertet Schleiermacher politische Unruhen als einen Zustand, der „die Gewissen am leichtesten verwirrt“, so dass eine „öffentliche Belehrung am nöthigsten ist“²⁴. Derart eng definiert, ist eine Predigt politisch zu nennen, „die aufgrund eines biblischen Textes oder aus Anlaß einer Situation ein politisches Thema zum inhaltlichen Schwerpunkt macht.“²⁵

Das von Schleiermacher geforderte Primat der Religion für die Predigt beschreibt der Systemtheoretiker Niklas Luhmann als Konsequenz der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft.²⁶ Mit der Säkularisierung und Ausdifferenzierung der westeuropäischen Gesellschaft haben sich auch die Systeme Religion und Politik voneinander gelöst. Die Kirchen erfahren dadurch einen Relevanzverlust, werden aber zugleich von fremden Vorgaben befreit. Denkt und lebt die vormoderne Gesellschaft in stratifikatorischen Differenzierungen, denkt und lebt die moderne Gesellschaft in der Differenzierung von Kommunikation bzw. Funktionen. Was in der vormodernen Gesellschaft durch die Religion gleichsam umfasst ist, ereignet sich heute weitgehend unabhängig voneinander. Recht, Politik, Wirtschaft, Pädagogik usw. haben sich von der Religion emanzipiert. Die Teilsysteme operieren nach ihrer eigenen, dem jeweiligen System innewohnenden Leitorientierung. Während das Religionssystem mit dem Code Transzendenz/Immanenz operiert, folgt das Politiksystem dem Code Macht/Ohnmacht. Entlang ihrer jeweiligen Leitdifferenz bearbeiten die Teilsysteme gesellschaftliche Probleme auf ihre eigene Art und Weise. Während sich die Politik auf die

²⁰ A. a. O., 206.

²¹ A. a. O., 209.

²² A. a. O., 211.

²³ A. a. O., 204.

²⁴ A. a. O., 211.

²⁵ Daiber, K.-F., Verschränkung der Orte, 172.

²⁶ Vgl. Luhmann, N., Systemtheorie und Gesellschaft, hrsg. v. Schmidt J. und Kieserling, A., Berlin 2017.

Macht selbst und auf die Strategien, die Macht zu erlangen, zu erhalten und zu vermehren fokussiert, ist die Religion daran interessiert, das Leben und die Welt in Relation zur Transzendenz zu deuten. Kein anderes System übernimmt diese Funktion und da Leitdifferenzen nicht übertragbar oder austauschbar sind, sind die Kirchen folglich „frei von Fremdbestimmungen politischer, rechtlicher und moralischer Art“ und können sich „endlich auf ihre eigenen religiösen Themen konzentrieren“²⁷.

Die Ausdifferenzierung der Systeme bedingt zugleich aber auch das Misstrauen gegenüber der politischen Predigt. Wer politisch predigt, steht unter dem Verdacht, den Verantwortungsbereich des Religiösen zu überschreiten. Exemplarisch dafür ist die Forderung Markus Söders, die Kirchen mögen sich auf die Glaubens- und Seelenpflege beschränken: „Es wäre für die Kirchen besser, sie würden sich stärker auf den Glauben konzentrieren und weniger Politik machen“²⁸. Die Kritik impliziert, Religion und Kirchen gehörten zur Sphäre des Privaten und seien auf das individuelle, innerpsychische oder familiäre Leben bezogen, wohingegen der Politik der öffentliche Raum zustehe. Diese Trennung von Individuum und Gesellschaft, von individuellen Fragen und sozialen, von öffentlich und privat ist aber nicht möglich. Das Individuum ist sozial und die Konsequenz des Versuchs, das Private dennoch vom Öffentlichen abzusondern, beschreibt Dietrich Bonhoeffer vor dem Hintergrund der politischen Lage seiner Zeit wie folgt:

„Auf der Flucht vor der öffentlichen Auseinandersetzung erreicht dieser und jener die Freistatt einer *privaten Tugendhaftigkeit*. Er stiehlt nicht, er mordet nicht, er bricht nicht die Ehe, er tut nach seinen Kräften Gutes. Aber in seinem freiwilligen Verzicht auf Öffentlichkeit weiß er die erlaubten Grenzen, die ihn vor dem Konflikt bewahren, genau einzuhalten. So muß er seine Augen und Ohren verschließen vor dem Unrecht um ihn herum. Nur auf Kosten eines Selbstbetruges kann er seine private Untadeligkeit vor der Befleckung durch verantwortliches Handeln in der Welt reinerhalten. Bei allem, was er tut, wird ihn das, was er unterläßt, nicht zur Ruhe kommen lassen.“²⁹

Wie das Individuum schwerlich von seinen sozialen Bezügen getrennt werden kann und das Private vom Öffentlichen, so kann auch das Engagement der Kirchen nicht einfach von gesellschaftlichen Angelegenheiten separiert werden. Es ist nicht möglich, dass der Gottesdienst „eine Insel der erbaulichen Besinnlichkeit darstellen soll, während in der politischen Welt gefoltert und ausgebeutet,

²⁷ Karle, I., Funktionale Differenzierung und Exklusion als Herausforderung und Chance für Religion und Kirche, in: Soziale Systeme 7 (2001), 100–117, 100.

²⁸ Christina Rietz und Merle Schmalenbach, Art.: „Kirchen sollten keine Ersatzpartei sein“, in: zeit-online vom 11. November 2016, veröffentlicht im Internet unter: <http://www.zeit.de/2016/47/markus-soeder-kirche-glauben-engagement> [Stand vom 1. Februar 2018].

²⁹ Bonhoeffer, D., Ethik, hrsg. v. Tödt, I. und Tödt, H. E. (u. a.), DBW 6, Gütersloh Sonderausgabe 2015, 66.